Heidesheimer FDP wünscht Spielplatz

Heidesheim. Die Anlegung eines weiteren Kinderspielplatzes auf dem Gelände des evangelischen Gemeindezentrums war Thema einer Anfrage der FDP-Fraktion.

Ratsmitglied Herbert Eckert erklärte, daß seine Fraktion auf dem noch unbebauten Gelände der evangelischen Kirchengemeinde im Bereich des geplanten Gemeindezentrums einen Spielplatz errichtet wissen wolle. Falls die evangelische Gemeinde ihre im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel nicht in Anspruch nehme, könne ein Betrag von 3000 Mark bereitgestellt werden. Man wolle die Verwirklichung des Projekts jedoch nur dann betreiben, wenn nicht in absehbarer Zeit mit dem Baubeginn am Kirchenzentrum zu rechnen sei.

Den Ausbau eines Abzugsgrabens im Gemarkungsteil „Im Horst" forderte Ratsmitglied Otto Krebs. Mit wenigen Mitteln könne die Gemeinde einen größeren Gemarkungsteil trockenlegen und von den Hochwasserspuren befreien.

SPD-Fraktion fordert Protokolländerung

Heidesheim. Die Niederschrift über die Sitzung am 10. April bemängelte die SPD-Fraktion in öffentlicher Ratssitzung. Man forderte die Abänderung einzelner Passagen, so daß deutlich zum Ausdruck komme, daß alle damaligen Beschlüsse in Abwesenheit der SPD-Fraktion gefaßt worden seien.

CDU-Sprecher Powitz stellte fest, es seien einstimmige Beschlüsse gefaßt worden. Im Protokoll sei die Abwesenheit der SPD-Fraktion vermerkt. Die CDU lehne deshalb den Änderungsantrag ab.

Die FDP-Fraktion zeigte sich ebenfalls nicht gewillt, die Niederschrift zu ändern. Herbert Eckert empfahl, den Antrag zurückzuziehen. Er übte zugleich Kritik an der SPD-Bürgerversammlung, die er als „Pleite" bezeichnete, weil sie wenig Anklang gefunden und auch keine Vorschläge zur Bildung von Verbandsgemeinden gebracht habe.

Das Recht und die Notwendigkeit, den Bürger zu unterrichten, unterstrich Dr. Haase-Sajak (SPD). Die Abgeordnete forderte mehr Aktivität im Rat hinsichtlich der Zusammenarbeit. Der Antrag der SPD wurde schließlich mit zehn zu sechs Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Stadecken-Elsheim. Gemeindearbeiter sind zur Zeit damit beschäftigt, den Weg zur Volksschule vom Ortsteil Elsheim aus instand zu setzen.

Neue Argumente in der Diskussion um die Bildung der Verbandsgemeinden

Stadtumlandprobleme gewinnen immer mehr Gewicht / Neue Konzeption ist nötig

R. A. - Die Stadt- und Gemeindevertretungen des Kreises Mainz-Bingen nutzen die Zeit, die ihnen zur Stellungnahme zum Zielplanentwurf des Innenministeriums für die Verbandsgemeinden in Rheinhessen gesetzt worden ist. Dabei werden neue Argumente in die Debatte geworfen, die erkennen lassen, daß das Stadtumlandproblem eine immer größere Bedeutung gewinnt.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich der Trend nach Mainz genau in den Gemeinden verstärkt hat, die Oberbürgermeister Jockel Fuchs in seinem Interview mit unserer Kreisredaktion als möglliche spätere Stadtteile der Landeshauptstadt genannt hat. Umgekehrt haben sich die Gemeinden Mommenheim und Lörzweiler auch deswegen für die Orientierung nach Nierstein entschieden, weil sie nicht mit Bodenheim in den Sog von Mainz geraten wollen.

Budenheim und Heidesheim betonen übereinstimmend ihre Selbständigkeit, wobei sich Budenheim über eine spätere Orientierung nach Mainz im klaren ist, während sich in Heidesheim die Lage zwischen Mainz und Ingelheim dahin auszuwirken scheint, daß hier die Richtung für später noch nicht eindeutig erkennbar ist. Im Raum Ingelheim besteht im übrigen seit langem Klarheit über die große Richtung der Entwicklung, unterschiedliche Meinungen jedoch über die künftige Bedeutung der Stadt Gau-Algesheim, die ihre Chancen aus dem Zielplanentwurf des Innenministeriums zu nutzen entschlossen ist.

Indessen sind die schwachen Stellen des Entwurfes bereits zutage getreten: Ockenheim und Dromersheim gehören nicht zum Umland von Gau-Algesheim, sondern zum Einzugsgebiet von Bingen. Dromersheim scheint entschlossen, diesen Weg sofort zu gehen, und führt parallel mit Sponsheim, das dazu auch vom Ministerium legitimiert ist, Eingemeindungsverhandlungen mit Bingen. Das scheint Schule zu machen. Man hört entsprechende Gespräche in Grolsheim und sogar in Gensingen, wonach diese Orte sich gleichfalls nach Bingen orientieren wollen, falls der Sitz ihrer Verbandsgemeindeverwaltung zuletzt doch noch nach Sprendlingen kommt, das dafür gewichtige Argumente geltend gemacht hat.

● Wenn das bis zum 15. Mai laufende Anhörverfahren für die Städte und Gemeinden einen Sinn haben soll, bedarf der jetzige Zielplanentwurf einer gründlichen Überarbeitung, bei der sicherlich weniger Verbandsgemeinden herauskommen werden, als jetzt vorgesehen sind.

In diesem Zusammenhang verdient die von den Jungsozialisten entwickelte Konzeption Beachtung. Sie stellt allerdings den Bestand der beiden rheinhessischen Landkreise in Frage, wozu der Landtag ein Jahr nach deren gesetzlicher Gründung kaum bereit sein dürfte. Immerhin ist der Gedanke richtig, größere Einheiten zu bilden, die den schon jetzt sichtbaren Entwicklungslinien der Zukunft entsprechen. Das ist auch ohne durchgreifende Überschreitung der Kreisgrenzen möglich.

● Es wäre bedauerlich, wenn man die Willensbekundungen der Gemeinden nicht zum Zuge kommen ließe, sondern an einem Konzept festhielte, das weithin als unzulänglich abgelehnt wird. Schließlich ist nicht zu leugnen, daß die Städte Mainz, Bingen und Ingelheim eine großzügige Lösung ihrer Stadtumlandprobleme brauchen, wenn dieser Raum einschließlich des gesamten rheinhessischen Hinterlandes sich seinen Chancen entsprechend weiter entwickeln soll.

Für großräumige Verbandsgemeinden

In einem Brief an den Unterbezirksvorstand Mainz-Bingen der Jungsozialisten treten die Bundestagsabgeordneten Hugo Brandt (Grolsheim) und Dr. Willi Fischer (Worms) dafür ein, großräumige und finanzkräftige Verbandsgemeinden zu bilden, und bezeichnen den Vorschlag der Jungsozialisten als „das sinnvolle Konzept", eine solche Organisationsform zu verwirklichen. Gleichzeitig befürworten sie die Auflösung der jetzigen Kreise und Bezirke zugunsten einer Region Rheinhessen, die Teil der Wirtschaftsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar werden könne. Sie empfehlen den Landtagsfraktionen im Landtag von Rheinland-Pfalz, in diesem Sinne Gesetzentwürfe vorzulegen.

Bürgerversammlung über Verbandsgemeinde

Zornheim. Heute, Donnerstag, 30. April, um 20.15 Uhr findet in der Gastwirtschaft Knußmann eine Bürgerversammlung statt. Dabei soll eine Aussprache über die Bildung der Verbandsgemeinden stattfinden. Die Versammlung soll der Meinungsbildung darüber dienen, ob sich Zornheim, wie im Zielplanentwurf des Innenministeriums vorgesehen, einer Verbandsgemeinde Nieder-Olm anschließen soll. Hierzu hat der Gemeinderat bis zum 15. Mai Stellung zu nehmen. Er will sich jetzt über die Meinungen der Zornheimer Bürger informieren.

Blick nach nebenan

Kreisausschuß Alzey-Worms gegen Zielplan

Alzey. In seiner jüngsten Sitzung nahm der Kreisausschuß des Kreises Alzey-Worms Stellung zum Zielplanentwurf des Innenministeriums, wonach die Gemeinde Dorn-Dürkheim zu einer Verbandsgemeinde Guntersblum und die Gemeinde Partenheim zu einer Verbandsgemeinde Selztal zugeordnet werden sollen. Der Kreisausschuß stimmte der damit verbundenen Umgliederung dieser Gemeinden in den Kreis Mainz-Bingen nicht zu. Die Kreisgrenzen sollten bei der Bildung der Verbandsgemeinden nicht überschritten werden. Mit diesem Thema wird sich auch der Kreistag noch befassen.

Die Verbandsschule erhalten

Gemeinderat Hahnheim: Bedingtes Ja zu Oppenheim-Nierstein

Hahnheim. Einmütig stimmte der Gemeinderat dem Vorschlag des Innenministeriums zu, Hahnheim einer Verbandsgemeinde Oppenheim-Nierstein zuzuordnen.

Vorausgegangen waren Gespräche mit den Nachbargemeinden Friesenheim, Köngernheim, Selzen und Undenheim, deren Ziel es war, zu einem koordinierten Vorgehen zu kommen, das von der einheitlichen Struktur der Orte, die ehemals selbst eine Verbandsgemeinde bilden wollten, geprägt wird. Die gemeinsamen Probleme ließen eine gemeinsames Vorgehen ratsam erscheinen.

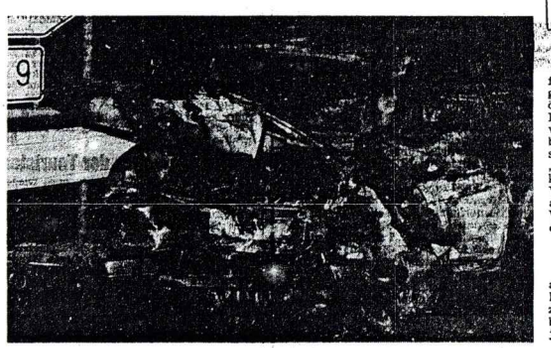
Nachdem ein Gemeindeparlament sich nicht für die Lösung Oppenheim-Nierstein entschließen konnte, soll nun ein Ausweg gesucht werden. Der Hahnheimer Rat war der Meinung, daß gerade diese Gemeinde das größte Interesse an der Erhaltung der Verbandsschule Hahnheim-Selzen haben müsse, die damals unter großen Opfern gebaut wurde.

Bürgermeister Ludwig Heinz unterrichtete den Rat über die Unterredungen mit den anderen Gemeinden. Eine rege Aussprache entwickelte sich darüber, daß nach einem Schreiben der Bezirksregierung im Raum Oppenheim-Nierstein keine zwei Hauptschulen entstehen sollten. Erklärtes Ziel der Gemeinde sei es, die Verbandsschule zu erhalten.

Dazu meinte Gottfried Koch (FWG): „Unsere Verbandsschule muß unter allen Umständen den schulischen Zwecken erhalten bleiben." Beigeordneter Ludwig Steinacher (SPD) sagte, es seien 33 000 Quadratmeter verbandsschuleigenes Gelände vorhanden, so daß ohne weiteres die Verbandsschule, die schon jetzt die Voraussetzungen einer Hauptschule erfülle, ausgebaut werden könne. Bei der Bildung von Hauptschulen müsse man auch das Hinterland berücksichtigen.

Ratsmitglied Hans Heier erklärte, in der Stellungnahme zum Anschluß an die Verbandsgemeinde Oppenheim-Nierstein müsse besonders auf dieses Problem hingewiesen und der Anschluß von der Erhaltung der Schule abhängig gemacht werden.

Der Leiter der Verbandsschule, Rudolf Weick (FWG Heinz), betonte, die Schule sei absolut in der Lage, als Hauptschule zu rangieren. Bürgermeister Heinz erklärte, laut Gesetz könnten durchaus zwei Hauptschulen in einer Verbandsgemeinde bestehen. Darauf werde er auch in der Stellungnahme hinweisen.



AUSGEBRANNT blieb der Wagen einer Ingelheimer Familie an der Kreuzung der B 9, Abfahrt Heidenfahrt, liegen, nachdem ein anderer Wagen aufgefahren war. Die Freiwillige Feuerwehr löschte das Feuer. Bei diesem Unfall gab es mehrere Verletzte. Foto: Krannich

Weinprobe zur Kirchweih

Schwabsburg. Anläßlich des Kirchweihfestes findet am Sonntag, 10. Mai, eine allgemeine Weinprobe statt, die von dem örtlichen Bauernverein ausgerichtet wird. Es werden ausgesuchte Proben vom Tischwein bis zu Spät- und Beerenauslesen geboten. Winzermeister Heinz Selp, Nierstein, wird mit seinen „Weinnasen", den „Korkenziehern" und der neugegründeten kleinen Tanzgruppe die Probe verschönern. Vom 30. April an sind jeweils nachmittags ab 13 Uhr Karten im Vorverkauf für diese Veranstaltung bei der Bürgermeisterei zu erhalten. sch

Bebauungsplan genehmigt

Heidesheim. Der Bebauungsplan „Unteraue" wurde vom Gemeinderat nach einer kleinen Änderung angenommen. Es ist ein zehn Meter breiter Geländestreifen vom befestigten Rand der Kreisstraße 18 an von jeglicher Bebauung freizuhalten.

Harxheim. Am Samstag, 2. Mai, ist um 20 Uhr im Saal Darmstadt Maitanz der Freiwilligen Feuerwehr.

Budenheim. Am Sonntag, 3. Mai, gestaltet der Jugend-Club ein Skat-Turnier für Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren.

Sponsheim stimmt am Sonntag ab

Sponsheim. Die Bürger der Gemeinde Sponsheim werden am Sonntag, 3. Mai, von 12 bis 18 Uhr im Gemeindebüro darüber abstimmen, ob die Gemeinde in die Stadt Bingen eingegliedert werden oder ob sie sich einer Verbandsgemeinde Gensingen-Sprendlingen anschließen soll. Beide Möglichkeiten sind ihr im Zielplanentwurf des Innenministeriums ausdrücklich eingeräumt worden. Insofern stellt Sponsheim einen Sonderfall dar.

Bei einer Bürgerversammlung wurde jetzt der mit der Stadt Bingen ausgehandelte Vertragsentwurf vorgelegt, durch den Sponsheim insbesondere den Anschluß an die Stadtbuslinien erhält und die Erhaltung der Grundschule im Ort als Ziel der Stadt festgelegt wird. In der Versammlung, an der auch Oberbürgermeister Dr. Gebauer, Erster Bürgermeister Naujack und Bürgermeister Jung aus Bingen und Bürgermeister Hofmann und die Beigeordneten Kilz und Bretz aus Gensingen teilnahmen, wurde die Alternative „Stadtteil von Bingen oder Anschluß an eine Verbandsgemeinde Gensingen-Sprendlingen" diskutiert.

Nach der Bürgerabstimmung, deren Ergebnis am Sonntagabend erwartet wird, tritt der Gemeinderat am Mittwoch, 6. Mai, um 20 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, um über die Zukunft Sponsheims zu entscheiden.

Verantwortlich für Kreis Mainz-Bingen: Reinhart Auener in Mainz

Zukunft hängt von Bodenheim ab

CDU Gau-Bischofsheim wartet auf Entscheidung der Nachbarn

Gau-Bischofsheim. Den Entschluß, sein Amt als Erster Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes zur Verfügung zu stellen, gab Bürgermeister Karl-Heinz Göth in seinem Geschäftsbericht bei einer Mitgliederversammlung bekannt, da die Parteiarbeit unter den Aufgaben als Ortsoberhaupt gelitten habe.

Georg Josten, Vorsitzender der Jungen Union, dankte allen Mitgliedern für die Wahlkampfhilfe im vergangenen Jahr und informierte sie über die Tätigkeit des JU-Kreisvorstandes; der Ortsverband sei in diesem Gremium präsent. Er wünschte sich die Mitarbeit des Ortsverbandes an den Aufgaben der JU, dabei solle man aber nicht die Mitgliederwerbung vergessen; allgemein aber sei mangelndes Interesse festzustellen. — Als Sprecher der CDU-Fraktion im Gemeinderat erklärte er, daß man den Nachholbedarf auf allen Gebieten positiv beeinflussen wolle.

Eine lebhafte Diskussion löste die vom Innenministerium vorgelegte Zielplanung zur Verwaltungsreform aus. Man war sich darüber klar, daß das Taktieren der Gemeinde, ob Verbandsgemeinde oder Eingemeindung nach Mainz, entscheidend davon abhängig sei, wie Bodenheim ihren Standort sehe. Mainz sei an der Eingemeindung von Gau-Bischofsheim allein wenig interessiert, mit einem Anschluß von Bodenheim an Mainz müsse der von Gau-Bischofsheim verknüpft werden, da dann eine verbleibende Verbandsgemeinde Nierstein/Oppenheim oder Nieder-Olm nicht zum Wohle der Bürger sei.

Speziell diesem Themenkreis ist eine Bürgerversammlung gewidmet, zu der der CDU-Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Dr. Joh. Baptist Rösler seine Teilnahme versprochen habe.

Für den ausscheidenden Vorsitzenden wurde Georg Josten bei einer Stimmenthaltung vom Vorsitzenden der CDU, Reinhard Becker zum Stellvertreter und gleichzeitig zum Vorsitzenden des JU-Ortsverbandes gewählt.

Keine Verzögerung bewirkt

Bezirksregierung wehrt sich gegen Vorwürfe von MdL Thorwirth

Nieder-Olm. Auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Karl Thorwirth wegen der Verzögerung bei der Bezuschussung des zweiten Kindergartens in Nieder-Olm erwiderte jetzt die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz, sie sei genau wie die ehemalige Bezirksregierung für Rheinhessen von der Dringlichkeit der Kindergartenprojekte in Nieder-Olm überzeugt und werde sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten fördern, sobald die Vorhaben bewilligungsreif seien und die dafür erforderlichen Haushaltsmittel oder Bindungsermächtigungen bereitgestellt würden.

Wie die Bezirksregierung weiter mitteilt, befindet sich das Kindergartenprojekt der Evangelischen Kirchengemeinde Nieder-Olm erst im Stadium der Planung. Eine erste Erörterung von Raumprogramm und Planung habe am 15. April bei der Bezirksregierung stattgefunden. Das Projekt im Baugebiet Goldberg sei erstmals am 6. Februar 1970 erörtert worden. Der Zuschußantrag selbst sei erst am 16. Februar bei der Bezirksregierung eingegangen. Die für die Prüfung und Entscheidung notwendigen Schritte seien sofort eingeleitet worden. Da der Jahresförderungsplan für den Neubau von Kindertagesstätten bereits bis zum 15. Februar beim Sozialministerium einzureichen war, könne das Vorhaben in Nieder-Olm zunächst nicht berücksichtigt werden, weil in diesen Förderungsplan nur ausfinanzierte und bewilligungsreife Vorhaben aufgenommen werden dürften. „Die Gemeindeverwaltung Nieder-Olm hat" — so schreibt die Bezirksregierung — „die Folgen einer verspäteten Antragstellung selbst zu vertreten."

Die Bezirksregierung werde jedoch das Kindergarten-Bauvorhaben in Nieder-Olm, sobald es ausfinanziert und bewilligungsreif sei, in einen Ergänzungsvorschlag aufnehmen und das Sozialministerium um die Bereitstellung der erforderlichen Landesmittel bitten. Erst dann könne ein Bewilligungsbescheid erteilt werden, betont die Bezirksregierung. Ihr stünden die Mittel zur Förderung des Baues von Kindertagesstätten nicht pauschal zur Verfügung.

„Fischzug" der Petrijünger

12 600 Gramm beim Gensinger Anangeln / Rotaugen ausgesetzt

Gensingen. Den größten „Fischzug" startete Heinz Memel und erhielt dafür den Wanderpokal. So geschehen beim Anangeln, das der Angelsportverein Gensingen gemeinsam mit den Sportfischern aus Langenlonsheim und Laubenheim an der Nahe durchführte. Trotz der schlechten Witterung erreichte man ein Fanggewicht von 12 600 Gramm.

Den ersten Jugendpreis errang Clemens Forestier mit 1480 Gramm, den zweiten Jugendpreis konnte Otmar Jungkunz für 1110 Gramm entgegennehmen. Seniorenpreise wurden in der Reihenfolge der Aufzählung überreicht an: Heinz Spannring, Heinz Memel, Erich Matthes, Peter Kalsch, Werner Pitthan, Wilhelm Forestier, Ferdinand Schickel, Hans Kilz, Georg Ehresmann, Lothar Karioth, Manfred Romainzky, Hans Funk, Bernhard Hemmersbach, Christine Hemmersbach und Willi Außerer.

Nach dem Abwiegen der Fische wurde die Preisverteilung durch den Ersten Vorsitzenden Bernhard Hemmersbach vorgenommen. Gleichzeitig gab er bekannt, daß man am 19. April 60 000 Rotaugen im Wert von 1600 Mark in die Pachtgewässer des Gensinger Angelsportvereins eingesetzt habe. An diesem Einsatz beteiligte sich auch der Langenlonsheimer Angelsportverein. — Anschließend konnten sich die „Petrijünger" im Anglerheim mit entsprechenden Getränken „aufwärmen".

Schiffe fahren zu Berg und Tal

Remagen passierten am 29. April

5.15 MS Amento, MS Haniel Kurier 20, MS Lahn 5; 5.30 MS Paty, MS Adry, MS Bernhard; 5.45 MS Rupprecht; 6.15 Damco 94 vor MS Damco 237; 6.30 TM Damco 284, MS Josef Hillsdorf, MS Kenthe Ursula, MS Emca 16; 6.45 TM Thessalia; 7.00 TM Brillant, TM Moehnesee, MS Emmanuel; 7.15 MS Holland, MS Walter; 7.20 MS Waalkade, MS de Tijd Zalt Leeren; 7.15 MS Aquarius; 7.45 Damco 15 mit Damco 176, Schwyz mit Edelweiß 8 und Edelweiß 9 und Edelweiß 11, TM Daley; 8.00 MS Weser 22, MS Weser 15; 8.30 MS Frauro mit MP Françoise; 9.00 MS Nelly; 9.15 FB Prinses Christina, KM Stella Maris; 9.30 FB Prinses Margriet; 9.45 MS Jannes Cornelis, TM Rhein-Ruhr 13; 10.00 TM Maria, TM Helmut Dreyer, MS Gi es Guinea, MS Novator, MS Wilhelm Josef; 10.15 MS Maaskade; 10.30 MS Theant 3; 11.00 MS Martinus, MS Wasigenstein, MS Oberon; 11.15 MS Horst u. Jürsen 4, MS Josephus; 11.30 Hanieltank 71 mit TM Hanieltank 1, MS Heimatland, MS Rennte, MS Meteorit, MS Haran, TM Boreas, MS Linge, MS Ilse; 11.45 MS Hewi; 12.00 MS Bolivar, MS Berolina, Elsa ee Zeilsabeth Maria mit Inge, TM Isaia 5; 12.15 MS Re Jo; 12.30 MS Maria, TM Tina Rein; 12.45 MS Timshel; 13.00 MS Mi-Jo, MS Alb; 13.15 TM VTG 52, MP Anny, MS PR Vilgrain; 13.30 MS Marie, MS Rhenus 69; 13.45 TM Martina, MS Lorette, TM Dr. Otto Ernst.

Mannheim passierten am 29. April

10.00 MS Manfred, MS Raab Karcher 112, MS Ondeneming, MS EWT 124, TS Aluminia; 10.20 TS Mainlank 4, MS Stakkato, MS Friede; 11.00 Boot Jupiter, 3 Köhne: Leidei 3, Braunkohle 12, MS Ilsede; 11.30 MS Basodino, MS Exotus, MS Joberna, MS Georgia, MS Damco 8, 1 Kahn: Damco 128, MS Gunot; 12.00 MS Hilda, MS Stuttgart; 12.30 MS Beta, TS Rheintank 11, MS Karl-Heinz, MS Chateau Palmer, MS Karl Raben; 13.15 MS AV 5, MS Andreas; 13.40 MS Burcht; 14.00 MS Windhorst 2, MS Cyrlak Weiler, MS Alegonda 2.

Wasserstandsnachrichten

Rhein: Straßburg 436 (—10), Maxau 693 (—14), Mannheim 588 (+2), Worms 479 (+2), Oppenheim 532 (—2), Mainz 511 (+2), Bingen 397 (—5), Kaub 474 (—4), Koblenz 478 (—6), Andernach 556 (—2).

Main: Viereth 254 (—24), Schweinfurt 287 (—21), Würzburg 304 (—22), Steinbach 270 (—13), Frankfurt 270 (+10).

Wann kommt die Hauptschule?

Abgeordneter Fröder fragt Landesregierung wegen Nieder-Olm

Nieder-Olm. Warum wurde die Organisationsverfügung der Bezirksregierung zur Errichtung der Hauptschule Nieder-Olm noch nicht erlassen? Ist die Landesregierung bereit, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Hauptschule Nieder-Olm zum 1. August 1970 errichtet wird? Danach erkundigt sich der Landtagsabgeordnete Hans Fröder (Friesenheim) in einer Kleinen Anfrage.

Dem Abgeordneten wurde bekannt, daß die Errichtung der Hauptschule Nieder-Olm schon seit Anfang 1969 betrieben wird, jedoch bis jetzt von seiten der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz noch keine Organisationsverfügung nach dem Schulgesetz ergangen ist. Es wurde von der Gemeindeverwaltung Klage geführt, daß auf fünf Schreiben in dieser Angelegenheit bisher keine Antwort erfolgt sei.

Der Abgeordnete vertritt die Meinung, daß die Errichtung der Hauptschule zum 1. August durch die eingetretenen Verzögerungen in Frage gestellt werde, und erstrebt mit seiner Anfrage, daß es doch noch zu diesem Termin zur Errichtung der Hauptschule Nieder-Olm kommt.

Schöffenliste genehmigt

Heidesheim. Als Schöffen und Geschworene schlug der Gemeinderat Josef Arnold, Antonie Becker, Peter Lenz, Heinrich Buchberger, Maria Geisenhof, Günter Gonzior, Werner Frischholz, Karl Heiser, Horst Herzbach, Georg Lauer, Franz Heigert, Georg Paulus, Josef Samer, Alfred Silz, Edda Faldum, Wilhelm Steinbach junior, Peter Wiegand, Georg Wingenfeld und Frau Dr. Haase-Sajak vor.